Ressort: Vermischtes

Bundesminister uneins über drittes Geschlecht

Berlin, 04.02.2017, 11:17 Uhr

GDN - Soll es in amtlichen Dokumenten neben männlich und weiblich noch ein drittes Geschlecht geben? Darüber streitet die Bundesregierung. Während das Familienministerium von Manuela Schwesig (SPD) dafür offen ist, weil sie die Rechte intersexueller Menschen stärken will, lehnt das Innenministerium von Thomas de Maizière (CDU) diese Idee ab, aus Sorge vor juristischen Komplikationen für die Behörden.

Das berichtet der "Spiegel". Das Gesetz sieht ein drittes Geschlecht nicht vor. Für Intersexuelle verzeichnen die Standesämter routinemäßig einfach gar kein Geschlecht. Nach einer Niederlage vor dem Bundesgerichtshof im Sommer haben Aktivisten vor Kurzem Verfassungsbeschwerde eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht bat die Regierung um Stellungnahme. In solchen Fällen verteidigt Berlin normalerweise die geltende Rechtslage. Doch weil sich das Familienministerium und das Innenministerium bisher nicht einigen konnten, sandte die Regierung den Karlsruher Richtern nun bloß ein kurzes Schreiben: Man verzichte auf eine Stellungnahme.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-84849/bundesminister-uneins-ueber-drittes-geschlecht.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619